

Militaristen eine besondere Verantwortung. Die Abschaffung des westdeutsch-dänischen Einheitskommandos wäre im Interesse des dänischen und des deutschen Volkes und würde der Entspannung und Abrüstung dienen.

Die Vertreter der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands erläuterten den Inhalt des von der Deutschen Demokratischen Republik vorgeschlagenen Abkommens der Vernunft und des guten Willens zwischen beiden deutschen Staaten. Die Annahme dieses Vorschlages durch die Bonner Regierung würde dazu beitragen, die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten zu normalisieren, die Spannungen in Europa mindern und sich auch günstig auf die Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen Dänemark und der Deutschen Demokratischen Republik auswirken.

Beide Delegationen betonten die Notwendigkeit der Normalisierung der Beziehungen zwischen Dänemark und der Deutschen Demokratischen Republik als wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Politik der friedlichen Koexistenz in Europa. Normale Beziehungen zur DDR würden es Dänemark erleichtern, sich dem Druck der Bonner Militaristen zu widersetzen, seine souveränen Rechte in den internationalen Beziehungen uneingeschränkt zu behaupten und für beide Staaten vorteilhafte Beziehungen zu entwickeln.

Der Ausbau der Handelsbeziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Dänemark würde den Interessen beider Länder dienen und dazu beitragen, den wachsenden Schwierigkeiten der dänischen Wirtschaft entgegenzuwirken.

Ein wesentlicher Schritt zur Normalisierung der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Dänemark wäre die Aufhebung der von der NATO im Interesse der Bonner Regierung diktierten diskriminierenden Bestimmungen gegen Bürger der Deutschen Demokratischen Republik im Reiseverkehr zwischen beiden Ländern. Das würde sich befruchtend auf die beiderseitigen wissenschaftlichen, kulturellen, sportlichen und ökonomischen Beziehungen auswirken.

Die Beratungen verliefen in einer herzlichen, kameradschaftlichen Atmosphäre. Sie widerspiegelten die völlige Übereinstimmung der Ansichten der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Kommunistischen Partei Dänemarks in allen behandelten Fragen.

Berlin, den 29. April 1963